

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

## Inhalt

Rudolf Schöffberger MdB  
setzt sich für ein SPD-  
Mitglied ein, das nicht  
in den öffentlichen  
Dienst Bayerns übernom-  
men werden soll.

Seite 1/2

Liescl Hartenstein MdB  
fordert neue Umwelt-  
schutz-Initiativen.

Seite 3/4

SPD-Stadtteilzeitungen  
unterstreichen Bürger-  
nähe der Partei.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 70

12. April 1978

Skandal bayerischer Berufsverbotpolitik

-----  
Orientierungsrahmen 85 als Indiz angeblicher Verfassungs-  
feindlichkeit

Von Dr. Rudolf Schöffberger MdB

Das bayerische Staatsministerium für Unterricht und  
Kultus hat mit Bescheid vom 7. März 1978 (AZ Nr. II/11-  
10c/14 529) die Aufnahme des Bewerbers Edgar Vögel in  
den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien unter  
Berufung auf Artikel 9 Absatz 1 BayBG abgelehnt. Man hält  
dem Bewerber vor, er habe einmal 1974 für den SHB und ein-  
mal 1975 für eine "Gewerkschaftlich orientierte Liste"  
anlässlich von Wahlen an der Technischen Universität München  
kandidiert; ferner sei er 1975 einmal als Leiter eines In-  
formationsstandes genannt worden.

Seit dem Fall Charlotte Nieß wissen wir, daß sich solche  
Verwaltungsakte auch gegen unbescholtene Sozialdemokraten  
richten. Was man bei dieser Gelegenheit zu lesen bekommt,  
knüpft nahezu nahtlos an die gute "christliche" Tradition  
der Ketzerverfolgung und Hexenverbrennung an. Zwar wird nie-  
mand verbrannt; man begnügt sich mit der Vernichtung der be-  
ruflichen Existenz und statt einem Judenstern wird die dif-

famierende Marke "Verfassungsfeind" ausgegeben.

Der genannte Bescheid führt eine neue Qualität in die Überprüfungspraxis ein. In ihm wird die Behauptung, der SHB verfolge verfassungswidrige Ziele, damit begründet, er vertrete den Orientierungsrahmen 85 (OR 85). Diese Begründung ist eine so bodenlose Frechheit, daß es jedem Sozialdemokraten die Sprache verschlägt.

Der Orientierungsrahmen 85 ist das politische Langzeitprogramm der SPD und kommt dem Range nach dem Godesberger Programm gleich. Er wurde im November 1975 vom SPD-Bundesparteitag in Mannheim mit den Stimmen des Bundeskanzlers und der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder gegen eine einzige Delegiertenstimme als tragende Grundlage sozialdemokratischer Politik verabschiedet.

Wer den Orientierungsrahmen 85 als Beleg verfassungswidriger Einstellung heranzieht, wirft der deutschen Sozialdemokratie verfassungswidriges Verhalten vor.

Eine Partei, die schon für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie in unserem Volk gekämpft und gelitten hat, als sich andere politische Kräfte noch in Kniefällen vor Kaiser und Königen und in Heilrufen vor braunen Verbrechern erschöpften, braucht sich auf diese Art und Weise nicht von einem Ministerialbeamten des Freistaates Bayern beleidigen zu lassen.

Diese Verketzerung der deutschen Sozialdemokratie muß unverzüglich öffentlich ausgeräumt werden. (-/12.4.1978/ks/lo)

+ + +

Irreparable Schäden drohen

Jüngste Tankerkatastrophe fordert zu verschärften Sicherheitsvorkehrungen heraus

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Es ist merkwürdig: Alle paar Jahre ereignet sich eine entsetzliche Tankerkatastrophe, und jedesmal stehen die hochtechnisierten Länder dem Öl-Inferno gleich hilflos gegenüber. Reeder und Mineralölkonzerne sind gut versichert, sie können im Fall der "Amoco Cadiz" für den Verlust des Schiffes und der Ladung bis zu 120 Millionen DM ersetzt bekommen. Der "unmittelbare Schaden" wird also, wenn nicht vollständig, so doch zu großen Teilen gedeckt, wie es so schön heißt. Wie aber ist es mit dem "mittelbaren Schaden", dem Schaden an der Natur, an Meer und Land?

Man sollte meinen, daß ein Aufschrei durch die zivilisierte Welt gehen müßte angesichts des im wahrsten Sinne des Wortes unermesslichen Schadens, der hier angerichtet wird. Noch heute sind Folgen der Ölkatastrophe von 1967 nachzuweisen, als der Supertanker "Torrey Canyon" vor der Küste von Cornwall gestrandet ist. Und welche Verwüstungen das ausströmende Öl aus der leck gewordenen Bohrinsel "Bravo" im letzten Jahr in der Nordsee hervorgerufen hat, ist wohl noch gar nicht genau festgestellt.

Wie lange, so fragt sich der Bürger besorgt, wollen die Regierungen eigentlich noch zusehen, bis sie sich an einen Tisch setzen, um strengste Maßnahmen zum Schutz vor der Ölpest zu ergreifen? Wie lange dürfen die multinationalen Konzerne gefährliche Güter unter "Billigflaggen" über die Weltmeere transportieren? Wer ist haftbar dafür, daß die bretonische Küste über mehr als 100 km vom Öl verseucht ist, daß Tausende von Seevögeln jämmerlich verendeten, daß Fischgründe vernichtet, die Fischer brotlos wurden, daß die Touristen ausbleiben werden und damit ein ganzer Wirtschaftszweig in der Bretagne vor dem Ruin steht?

Wenn es um den Schutz des Meeres geht, können nur internationale Abmachungen helfen. Der IG-Metall-Vorsitzende Loderer hat die Einberufung einer Sicherheitskonfe-

renz für Öltanker vorgeschlagen, bei der konkrete Vorschriften für den Tankerbau vereinbart werden müßten. Dazu gehört z.B. die Vorschrift, doppelte Außenwände für Öltransporter vorzusehen und ebenso eine Doppelausrüstung mit Rudern und Schiffs-schrauben. Jeder, der einen Haustank einbaut oder einen Außentank in die Erde legt, muß heute teure Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, damit die gelagerte Menge Öl in einer Betonwanne aufgefangen werden kann und nicht ins Erdreich eindringt. Das ist notwendig und richtig, damit das Grundwasser nicht gefährdet wird. Was den "Kleinen" recht ist, sollte den "Großen" billig sein!

Als Sofortmaßnahmen wären denkbar:

- die Festlegung genauer Fahrtrouten für Großtanker, ähnlich wie es auch im internationalen Luftverkehr genau festgelegte Flugrouten gibt,
- die Einführung eines Lotsenzwangs für küstennahe Gewässer, einschließlich des Ärmelkanals, und ebenso für die gesamte Nordsee, wie es auch der Cuxhavener SPD-Bundestagsabgeordnete Eickmeyer vorgeschlagen hat,
- die Bereitstellung einer internationalen Bergungsflotte, die mit entsprechenden speziellen Abpumpvorrichtungen, mit Ölabsorptionsmitteln und mit geschultem Personal ausgerüstet ist.

Und schließlich sollte im Hinblick auf die verheerenden Umweltgefahren, die der Öltransport in so großen Mengen mit sich bringt, ein internationales Übereinkommen möglich sein, das den Einsatz von Supertankern mit 700.000 Tonnen und mehr (man spricht schon von einer Million!) schlichtweg verbietet oder aber durch entsprechend hohe Sicherheitsauflagen kommerziell uninteressant macht. Der Schutz der Weltmeere muß Priorität haben vor Profitinteressen.

Wenn auch die Bundesrepublik nicht zu den großen Küstenländern zu rechnen ist, so gehört sie doch zu den großen Ölempfängerländern. Deshalb sollten auch wir unseren Beitrag leisten zur Verhütung künftiger, vielleicht irreparabler Schäden. Und dies ohne Zögern. Denn der Frevel an der Natur - und dies gilt nicht nur für die Ölpest - kann auf die Dauer nur dazu führen, daß wir unsere eigenen Lebensgrundlagen vernichten.

(-/12.4.1978/ks/10)

+ + +

Stadtteilzeitungen sind weiter auf dem Vormarsch

## Positive Reaktionen auf praktizierte Bürgernähe

In der bundesdeutschen Medienlandschaft gibt es vielfältiges Leben; große Auflagen erreichen zwar nur wenige Tageszeitungen und Zeitschriften, aber in kleinen Auflagen gibt es eine große Zahl von Publikationen verschiedenster (Fach-)Art. Eine immer größere Bedeutung kommt im lokalen Bereich den Betriebs-, Orts- und Stadtteilzeitungen zu. Ihre genaue Zahl ist nicht erfaßt; es dürften mehr als 3.000 sein. Dabei bilden Blätter, die von örtlichen Gliederungen der SPD herausgegeben werden, das unzweifelhaft größte "Paket" - mehr als 1.200.

Inzwischen beschäftigen sich fast alle Universitäten in der Bundesrepublik, zumindest alle publizistischen Institute, mit dem Phänomen "Stadtteilzeitung". Dieser Begriff steht für die meisten dieser Gazetten, auch wenn sie, nach Volksblatt-Art, flächendeckend in einer ganzen Stadt angeboten werden. Ende Mai werden sich Journalisten und Wissenschaftler auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in München gleich mehrere Tage lange mit dieser Form alternativer Medien auseinandersetzen.

Während das Interesse der Wissenschaft erwacht, kann eine Einrichtung der SPD bereits ein Mini-Jubiläum begehen: Der "Service für Betriebs-, Orts- und Stadtteilzeitungen" beim Bonner Parteivorstand, der vor genau drei Jahren damit begann, den Amateur-Journalisten vor Ort zentrale Hilfestellungen zu bieten - übrigens durchaus auch für nichtparteiliche Blätter, da es ansonsten keine derartige Stelle in der Bundesrepublik gibt.

So nutzen beispielsweise auch Bürgerinitiativen, gewerkschaftliche Betriebszeitungsredaktionen, Vereinszeitungen, andere Parteien, Schülerblätter und derlei mehr das von der SPD herausgegebene zweibändige Handbuch "Zeitung machen",

das, beim Mannheimer Parteitag im Herbst 1975 vorgelegt, nach ersten 50.000 Exemplaren inzwischen in zweiter Auflage erschienen ist. CDU und DKP haben mittlerweile ähnliche Handbücher vorgelegt, allerdings weniger umfangreiche.

Auch der monatliche Artikeldienst dieser Service-Einrichtung, ebenfalls im Herbst 1975 erstmals herausgegeben, ist nicht nur innerhalb der SPD gefragt. Denn immerhin wird hier nicht Agit-Prop verbreitet, sondern, nebst Karikaturen, Comics und Rätseln, journalistisch aufbereitetes Material aus Politik, Arbeitswelt und Verbrauchernotizen.

Inzwischen zeigt sich auch, nach Erfahrungen in Wahlkämpfen, daß immer mehr der lokalen Freizeit-Redakteure den Wert ihrer Blätter in Bürgernähe und echter Vertrauensarbeit unter Beteiligung ihrer Leser an der redaktionellen Arbeit verstehen. Verlautbarungsjournalismus ist auf dem Rückzug, Nachbarn schreiben für Nachbarn.

Möglich wurde das alles nur durch eine technische Revolution - Offsetdruck läßt auch kleine Auflagen zu niedrigen Preisen zu, teurer Bleisatz ist überflüssig, die Schreibmaschine genügt. So "basteln" die örtlichen Zeitungsmacher munter ihre Blätter. Auch auf lokaler Ebene gibt es Anzeichen für ein neues Presseverständnis der SPD.

Einige der Stadtteilzeitungen gibt es, wie in Hamburg, schon seit 30 Jahren - die meisten sind erst in den letzten 30 Monaten gegründet worden. Den "Service für Betriebs-, Orts- und Stadtteilzeitungen" betrachteten zu Beginn seiner Arbeit selbst wohlgesonnene Journalisten mit Staunen und Verwunderung. Der "Vorwärts" im Dezember 1975: "Wenn aus der SPD-'Baracke' eine Anleitung zum 'Zeitung machen' kommt - das klingt wie die 'Geschichte der 0', herausgegeben vom Erzbischof Köln. Man kann es kaum glauben."

Das Buch aus Köln ist bisher nicht erschienen...

Werner Herminghaus  
(-/12.4.1978/ks/10)